

„Ich finde Steinbrücks Kritik unnötig“

SPD-Generalsekretärin Fahimi über Strategiefehler, Gefahren für Gewerkschaften und „doofe“ Arbeitgeber

Von Alexander R. Wenisch

Heidelberg. Die SPD hat es nicht leicht in der Großen Koalition: Die Sozialdemokraten haben eine Reihe ihrer Kernforderungen durchgesetzt, kommen aber nicht aus dem Umfragetief von 25 Prozent heraus. Eine von der Partei in Auftrag gegebene Studie bescheinigt der SPD nun ein gravierendes „Imageproblem“. Wir sprachen darüber mit Yasmin Fahimi, seit gut einem Jahr Generalsekretärin und damit erste Strategin der Partei. Zuvor war die 47-Jährige im Hauptvorstand der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Hannover. Am Mittwoch besuchte Fahimi den „Frühlinks-Empfang“ der SPD Heidelberg.

> Frau Fahimi, wie nervös sind Sie momentan?

Warum sollte ich nervös sein?

> Wegen der aktuellen Studie zur Lage der SPD. Die attestiert Ihrer Partei ein „gefühltes Desinteresse an der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Mitte“.

Wir beschäftigen uns immer damit, wie unsere Politik auf die Bürger wirkt. Insbesondere die 30- bis 50-Jährigen nehmen wir in den Blick – weil wir in dieser Gruppe bei Wahlen zuletzt schlecht abgeschnitten haben. Das wollen wir ändern. Nervös macht mich das nicht, denn wir haben die richtigen Rezepte.

> Mietpreisbremse, Rente mit 63, Mindestlohn, Frauenquote – die Themen der Großen Koalition sind offensichtlich von der SPD geprägt. Trotzdem kommt die Partei in Umfragen nicht vom Fleck. Kein Grund zur Sorge?

Wir wollen nicht Umfragen gewinnen, sondern Wahlen. Trotz aller Unkenrufe haben wir in der Koalition viel von unserer Politik durchgesetzt, die Kommunen entlastet und Familien stärkt. Ich bin überzeugt, dass unsere Werte steigen werden, wenn wir weiter Kurs halten.

> Wo sehen Sie das Alleinstellungsmerkmal der SPD?

Wir sind die einzige Partei, die für eine Balance steht zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftspolitischer Vernunft.

Die Union legt nur die Hände in den Schoß und ruht sich aus auf einer vorübergehenden Zufriedenheit. Wir denken weiter.

> Befremdlich wirkt, dass sich die SPD beim Thema Tarifeinheit nun auch noch mit den Gewerkschaften anlegt. Ein kluger Zug?

Gerade als Gewerkschafterin kann ich sagen: Es ist wichtig, dass wir die Tarifeinheit wieder herstellen, die jahrzehntlang gegolten hat und erst 2010 überraschend vor Gericht gekippt wurde. Wir setzen auf das Mehrheitsprinzip, damit Belegschaften nicht, wie im Augenblick, in einem Betrieb gegeneinander ausgespielt werden können. Viele Gewerkschaften unterstützen im Übrigen unsere Pläne.

> Keine Bedenken, mit dem Einheitsgesetz SPD-Wähler zu vergraulen?



Die anhaltend schlechten SPD-Umfragewerte machen sie nicht nervös: „Ich bin überzeugt, dass unsere Werte steigen werden, wenn wir weiter Kurs halten“, sagt Fahimi. Foto: Philipp Rothe

Wenn wir diese Politik richtig erklären, vergrault das keine Wähler. Wir wollen die Gewerkschaften stärken, nicht schwächen. Die SPD steht seit jeher für kollektive Regelungen und für eine starke Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Beides sehe ich momentan in Gefahr. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich einzelne Berufsgruppen die Auseinandersetzung bei der Bahn zum Vorbild nehmen und ihre Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtbelegschaft durchsetzen.

> Peer Steinbrück wirft der SPD strategische Fehler vor. Was halten Sie ihm entgegen?

Ich finde es sehr ehrenwert, dass Peer das magere Wahlergebnis auf seine Schultern nimmt. Sicherlich war die Ausgangslage schwierig. Allerdings ist es Sigmar Gabriel gelungen, einen für die SPD sehr erfolgreichen Koalitionsvertrag mit der Union auszuhandeln. Insofern finde ich Peer Steinbrücks Kritik unnötig.

> SPD-Chef Gabriel steht mit seinem wirtschaftsfreundlichen Kurs in der SPD-Linken in der Kritik. Kann er als wahrscheinlicher Kanzlerkandidat 2017 überhaupt die Flügel der Partei einen?

Sigmar Gabriel sitzt fest im Sattel. Die SPD ist eine Partei, in der immer lebhaft diskutiert wird darüber, welche Perspektiven wir für unser Land entwickeln wol-

len. Daran beteiligen sich alle Flügel der Partei. Das ist die beste Voraussetzung, sich für den Wahlkampf 2017 zu rüsten.

> Eine Empfehlung aus der SPD-Studie: Die Sozialdemokraten sollten stärker in Konkurrenz gehen zur Union. Trauen Sie sich das als kleiner Koalitionspartner überhaupt?

Ich teile diese Empfehlung ausdrücklich nicht. Die Wähler wollen keinen Zwist. Die SPD steht für eine Politik, die den

Menschen bessere Perspektiven bietet. Ich denke, Deutschland braucht mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Investitionen in Bildung, in sichere Arbeit, in Infrastruktur. Ich sehe keinen Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unser Land hat nur eine Chance auf eine erfolgreiche Zukunft, wenn es uns gelingt, beides miteinander zu vereinen.

> Aber wenn ich als Bürger keinen Zwist will, bin ich doch mit Angela Merks moderatem Stil gut bedient.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich unterscheiden sich unsere politischen Schwerpunkte klar von denen der Union. Diese Unterschiede können wir aber deutlich machen, ohne gleich zu streiten. Die Wähler geben uns ihre Stimme aufgrund unserer Politik und nicht, weil wir irgendeinen Streit gewonnen hätten.

> Sie haben sich kürzlich beim Thema Mindestlohn geäußert: Nur die Doofen oder die Gauner seien nicht in der Lage, den Stundenzettel auszufüllen. Das hat viele Unternehmer geärgert. Unbedacht?

Das war sicher ein sehr grober Keil – aber auch auf einen recht groben Klotz, der uns in der Debatte entgegengestellt worden ist. Ich halte viele Einwände gegen den Mindestlohn für vorgeschoben. Es geht gar nicht um die Bürokratie. Der Mindestlohn an sich ist den Kritikern ein Dorn im Auge. Die übergroße Mehrheit der Arbeitgeber hat aber kein Problem mit dem Mindestlohn und dessen Kontrolle. Denn sie verhindern Lohndumping, das gerade auch dem Mittelstand schadet.

> Finanzminister Schäuble hat sechs Euro mehr Kindergeld im Monat in Aussicht gestellt. Die SPD hat ihr Veto eingelegt. Wie viel mehr darf es denn sein?

Vom höheren Kinderfreibetrag profitiert nur jede vierte Familie. Wir wollen aber mehr Geld für alle Familien, da ist die stufenweise Anhebung um sechs Euro einfach lächerlich wenig. Uns geht es zudem darum, die Lage von Alleinerziehenden zu verbessern. Wir hatten klar vereinbart, deren Freibetrag, der seit elf Jahren unverändert geblieben ist, spürbar zu erhöhen. Darauf bestehen wir weiter.